94a. XXXIV. Jahrgang **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 21. Februar 1905

Berliner Tageblatt

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom 20. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, v. Stengel, v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Handelsverträge. Die 13. Kommission hat sämtliche Verträge und das Viehseuchenabkommen mit Oesterreich-Ungarn zur Genehmigung empfohlen. Referenten sind die Abgg. Blankenhorn, Kämpf, Herold und Graf Kanitz.

Abg. **Spahn** (Ctr.)

beantragt, mit der Beratung des österreichisch-ungarischen Vertrages zu beginnen.

Abg. **Singer** (soz.)

unterstützt diesen Vorschlag, fragt aber gleichzeitig den Präsidenten, ob dieser beabsichtige, über die Verträge einzeln abstimmen zu lassen.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich werde in der zweiten Lesung so verfahren, wie die Geschäftsordnung vorschreibt; eine Gesamtabstimmung über die einzelnen Verträge kann erst in dritter Lesung stattfinden. Mitglieder, welche gegen irgend einen der Verträge schon jetzt stimmen wollen, würden das bei dem grundlegenden Artikel 1 tun müssen.

Nachdem auch Abg. **Sattler** (natl.) sich dem Vorschlage des Abg. Spahn angeschlossen hat, tritt der **Präsident** demselben bei.

Referent für den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn ist der Abg. Graf Kanitz. Derselbe ist bei Eröffnung der Diskussion nicht anwesend. Unter Zustimmung des Präsidenten und des Hauses übernimmt Abg. Spahn die Berichterstattung.

Der Referent weist darauf hin, daß sämtliche maßgebenden Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen gedruckt vorliegen.

Das Wort erhält zunächst der Abg. Heim (Ctr.); derselbe ist nicht anwesend. Der Präsident erteilt darauf das Wort dem Abg. Osel (Ctr.); auch dieser ist nicht zugegen. Erst der dritte der Aufgerufenen

Abg. **Hufnagel** (kons.)

spricht zu Anfang sehr leise und ist bei der Unruhe im Hause fast garnicht auf der Journalistentribüne vernehmbar. Er scheint sich hauptsächlich über die Gefahren zu verbreiten, welche dem heimischen Gerstenbau durch die Differenzierung zwischen Malz- und Futtergerste drohen, und ersucht anscheinend die verbündeten Regierungen, doch darauf zu achten, daß bei der Verzollung an der Grenze die äußerste Vorsicht geübt werde. Er äußert sodann die Hoffnung, daß die Industrie sich mit den neuen Zöllen abzufinden und einzurichten wissen werde, wenn er auch zugeben müsse, daß einige Industrien schwer betroffen werden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich habe ausdrücklich erklärt, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Refaktien für Malz fallen lassen wird unter der Voraussetzung, daß auch unserseits keine Aenderung in dem bestehenden Zustande des Tarifs eintritt. Ferner habe ich erklärt, daß wir alle Rechte, die uns die Viehseuchenkonvention gibt, in dem Umfange ausüben werden, der zum Nutzen der deutschen Viehbestände notwendig ist. Und ich habe ferner zu erklären, daß wir unzweifelhaft alle zu dem niedrigeren Satz eingehende Gerste denaturieren werden, bei der der geringste Zweifel besteht, daß sie zu Brauzwecken verwendet werden könnte. (Bravo.)

Abg. Dr. **Heim** (Ctr.):

Es ist ganz klar, daß die Vorteile, welche uns ein Vertrag bietet, vollständig illusorisch gemacht werden können durch Maßnahmen, die von dem Vertrage überhaupt nicht betroffen werden, so durch Ausfuhrprämien und durch Refaktien. Wenn wir nun auch hören, daß Oesterreich-Ungarn versprochen hat, die Refaktien für Malz in Wegfall kommen zu lassen, so wäre es doch wertvoller, wenn darüber etwas im Vertrage ausgemacht würde. Das Refaktienunwesen besteht nicht bloß bei Malz, sondern auch bei anderen Positionen des Zolltarifes. Was gedenken die verbündeten Regierungen zu tun, wenn ihnen dafür der Beweis geliefert wird? Es liegt ganz ähnlich mit dem Holz, und der Holzzoll gehört ja ohnehin zu den Stiefkindern dieser Verträge.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich kann hier nur die Erklärung wiederholen, die ich in der Kommission abgegeben habe, daß, wenn die österreichisch-ungarische Regierung in irgend einer Weise für Getreide, Malz, Gerste u. s. w. Exportprämien einführen sollte, wir durchaus frei sind, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Was die Refaktien betrifft, so sind nach dem Berliner Uebereinkommen geheime Refaktien überhaupt verboten. Es ist ausgeschlossen, daß die österreichisch-ungarische Regierung dagegen verstößt.

Abg. **Semler** (natl.):

Die Kommissionsberatungen haben unsere Stellung nicht zu ändern vermocht, namentlich nicht bezüglich des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn. Unsere freundliche Haltung zu den Verträgen ergab sich aus der Notwendigkeit eines besseren Schutzes der Landwirtschaft und der Kontinuität der Handelsvertragspolitik. Es schien erst, als ob der Vertrag mit Oesterreich nicht zu stande kommen würde; aber er ist da. Für eine politische Partei genügt es, wenn das schließliche Ergebnis einer lange vorbereiteten wirtschaftlichen Aktion mit der eigenen Politik im Einklange steht, wie diese Verträge. Die Mängel dieser Verträge verkennen wir nicht. Die süddeutsche Landwirtschaft und die Industrie sind nicht zufrieden. Handel und Industrie werden sich auf die Verträge einrichten, und dann werden die Klagen verstummen. Interessengegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie lassen sich ja nicht aus der Welt schaffen. Man kann nicht zwei Herren zugleich dienen, wohl aber nacheinander. Wenn ein Teil bei der ersten Verteilung etwas zu kurz gekommen ist, so bleibt nichts Anderes übrig, als bei der nächsten Verteilung dem zurückgebliebenen Kinde etwas zu gute kommen zu lassen. Sollte es sich wirklich herausstellen, daß durch diese und die anderen Verträge die Industrie geschädigt wird, so werden wir später der suchen, diese Schäden auszugleichen. Einstweilen nehmen wir die Verträge, insbesondere den österreichischen, an, wie sie sind. Die Erklärungen der Regierung in der Kommission haben uns befriedigt; man hat sich bemüht, Härten auszugleichen. Es ist zu hoffen, daß nunmehr der Reichstag, insbesondere die agrarischen Mitglieder, weiter entgegenkommen den berechtigten Forderungen des Handels und Verkehrs und den Bedürfnissen des Geldmarktes. Nur so kann vermieden werden, daß wegen der Bevorzugung der Landwirtschaft nach 12 Jahren der Spieß umgedreht wird zu Gunsten der Industrie. Wir geben diesem Vertrage unsere Zustimmung in der Hoffnung, daß in der Zukunft etwaige Mängel ausgeglichen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Gothein** (fr. Vg.):

Auf das Gebiet der Generaldebatte will ich dem Vorredner nicht folgen; diese soll, wie ich höre, erst in der dritten Lesung stattfinden. Der Staatssekretär hat sich über die Refaktien ausgesprochen. In Oesterreich sind viele Bahnen noch Privatbahnen. Zweifelhaft ist die österreichische Regierung in der Lage, auf die Privatbahnen einzuwirken? Wir haben keinen Anlaß, auf eine Differenzierung zwischen Gerste und Malz einerseits und Getreide und Mehl andererseits einzugehen. Gerade unsere ostdeutsche Müllerei, nicht bloß die große, hat ein dringendes Interesse, daß an diesem Verhältnis nichts geändert wird. Der Staatssekretär hat die Einfuhrscheine als Exportprämien bezeichnet. Ich freue mich, von so authentischer Stelle dies anerkannt zu hören. (Widerspruch des Staatssekretärs.) So wenigstens habe ich es verstanden. Es ist schwer einzusehen, daß das, was Deutschland einige Jahre nach Abschluß des österreichischen Handelsvertrages autonom selbst eingeführt hat, jetzt Oesterreich verlegt werden soll. Es fragt sich nun, ob Preßhefefabriken, die Gerste beziehen, die weniger als 65 Pfund wiegt, dem niedrigeren oder höheren Zoll unterliegen, denn diese Gerste wird allerdings vermalzt, aber die Fabrikanten verarbeiten das grüne Malz. Der Vorredner hat heute zugegeben, die Industrie könne durch den Vertrag schwer geschädigt werden. In der Kommission sind diese Befürchtungen wegen der Schädigung des deutschen Exportes nicht widerlegt worden. Auf einzelne Positionen konnten wir bei dem Umfange der Positionen nicht eingehen. Das uns von der Regierung in der Kommission unterbreitete Material war unzulänglich. Es wurde uns ein Exemplar des autonomen österreichischen Tarifes übergeben, der aber nichts bedeutet, weil er weder in Oesterreich noch in Ungarn bis jetzt Gesetz ist. Ein analoges Verfahren beim schwedischen Handelsvertrage hat Graf Kanitz seinerzeit getadelt; jetzt hat er nichts auszusetzen. Dies unzureichende Material hat uns die Vergleichung ungemein erschwert. Wir mußten einzelne Positionen herausgreifen, und wir sagten uns schließlich, es hat doch keinen Zweck, darauf weiter einzugehen. Was hat es für einen Zweck, hier noch weiter zu reden, weil die Industrie doch keine Zeit mehr hat, sich über den Tarif weiter zu orientieren! Es ist auch Anderen nicht gelungen, sich darüber ein klares Bild zu verschaffen. Ein Urteil sich über den Tarif zu bilden, ist heute außerordentlich schwer. Wer mit Vertretern der Industrie zu sprechen Gelegenheit hatte, wird gefunden haben, daß sie sich selbst nicht klar waren über die Wirkungen des Tarifes. Die Mitteilungen der „Norddeutschen Allg. Zeitung" wirken in dieser Beziehung irreführend. Die große Mehrheit dieses Hauses muß sich sagen: Wir wissen nicht, was in den Verträgen steht, wieviel weniger die Außenstehenden. Diese folgen ihren Führern; es ist ihnen daraus auch kein Vorwurf zu machen. Auch in der Kommission ist nicht klargestellt worden, wie weit eine schwere Schädigung der Industrie zu erwarten ist. Ich habe schon in der ersten Lesung auf einige Schädigungen hingewiesen. Ich möchte heute noch auf die Wirkwarenindustrie, die Spitzenindustrie, die Wollfilzhutindustrie, die Strohhutindustrie, die durch den österreichischen Vertrag schwer geschädigt werden, hinweisen. Dazu kommt die Buntpapierindustrie, die durch die neuen Zölle geradezu zur Auswanderung nach Oesterreich gezwungen wird. Dasselbe gilt von der Pergamentpapier- und von der Tapetenindustrie. Gerade die letztere braucht die ständige Anregung vom Auslande und die ständige Berührung mit ihm; war es nicht möglich, für diese Exportindustrie etwas Günstigeres zu erreichen? Ja, da antwortet man uns, es sei beim besten Willen nicht möglich gewesen, man habe zufrieden sein müssen, etwas von den autonomen Zöllen herunterzuhandeln, von jenen autonomen Zöllen, die gerkeine Gesetzeskraft besitzen. Es wird ja noch Gelegenheit sein, Punkt für Punkt nachzuweisen, in welcher Weise die meisten Industrien lahmgelegt sind. Durch die zwölfjährige Dauer erreichen wir für die deutsche Industrie keine andere Sicherheit als diejenige, auswandern zu müssen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Der Abg. Gothein hat gemeint, es wäre ihm eine besondere Freude, daß ich meine in der Kommission gegebene Erklärung wiederholt hätte, in dem Einfuhrscheinsystem liege eine Exportprämie. Ich bin aufrichtig geneigt, dem Abg. Gothein eine Freude zu machen. (Heiterkeit.) Wenn er aber gleich die erste Seite meiner Erklärung in der Kommission nachliest, so wird er finden, daß ich gesagt habe, daß nicht angenommen werden kann, Oesterreich-Ungarn würde selbst dazu übergehen, ein solches Einfuhrscheinsystem einzuführen. Sollte es aber wider Erwarten ein Einfuhrscheinsystem einführen, welches die Gewährung von Ausfuhrprämien in sich schlöffe, so würden wir dagegen vorgehen können, falls der Reichstag dem zustimmt. Der Abg. Gothein kann sich auch mein heutiges Stenogramm kommen lassen, er wird daraus ersehen, daß ich auch heute gesagt habe: Sollte Oesterreich-Ungarn in irgend einer Form für Getreide oder dergleichen Ausfuhrprämien einführen, so sind wir vollkommen ungebunden. Gegenmaßregeln zu treffen, und das würden wir tun. Wenn der Abg. Gothein ferner Zweifel ausgedrückt hat, ob Oesterreich überhaupt in der Lage wäre, seine Erklärung, daß die Refaktien abgeschafft werden, zu verwirklichen, so bemerke ich zunächst, daß ein großer Teil der österreichischen Bahnen, soweit sie nicht Staatsbahnen sind, unter Staatsverwaltung steht, und daß diese Frage mit der österreichischen Regierung erörtert ist. Sie hat erklärt, wie sie das mache, sei ihre Sache. Bei solchen Verhandlungen ist es ein Grundsatz: Hand muß Hand wahren. Wenn eine Regierung die Durchführung einer Maßregel übernimmt, so muß es ihr überlassen bleiben, wie sie diese Aufgabe erfüllt. Es kann kein Zweifel sein, daß, wenn zu niedrigem Zollsatz Gerste hereinkommt, die nach unserer Auffassung beziehentlich der Auffassung der Landeszollbehörde geeignet wäre, als Malz verwendet zu werden, wir berechtigt sind, solche Gerste zu denaturieren, und dies auch tun werden. Ob man der Preßhefenfabrikation in irgend einer Weise durch Zollkontrolle, Verwendungskontrolle u. s. w. entgegenkommen kann, muß Gegenstand weiterer Erörterungen und Erwägungen im Schoße des Reichsschatzamtes sein. Um Ihnen zu zeigen, daß man die Erklärung, die Industrie wäre so schwer geschädigt, sehr cum grano salis anwenden muß, will ich Ihnen drei schlagende Beispiele anführen. Erstens hat der Abg. Gothein erklärt, unsere Hutindustrie sei durch höhere Zölle auf Wollfilz, auch auf österreichischer Seite eine Erhöhung auf Haarfilz; man kann also nicht sagen, die Hutindustrie ist geschädigt, sondern es hat ein Ausgleich stattgefunden, wie er bei jedem Handelsvertrag stattfinden muß. Auch hinsichtlich der Wirkwaren ist eine Schädigung der Industrie vom Abg. Gothein behauptet worden; er hat aber einen wesentlichen Vorteil übersehen. Früher erhob die österreichische Regierung einen Zuschlag von 40 Prozent zum autonomen Zollsatz, jetzt soll dieser Zuschlag von 40 Prozent nur vom Konventionalsatz erhoben werden. Was die Pinselindustrie anbetrifft, die angeblich auch geschädigt ist, so habe ich hier ein Schreiben des Vorstandes der Vereinigten Pinselfabriken, in welchem dieser sagt: Im Namen der von mir vertretenen Pinselindustrie erkenne ich dankbar an (Hört, hört! rechts), daß die hohe Reichsregierung entsprechend der von mir gegebenen Anregung eine Verbesserung der Position Pinsel zu erreichen bestrebt war und teilweise auch erreicht hat. Es ist also das Gegenteil von dem, was über eine Schädigung der Industrie behauptet worden ist, richtig.

Abg. Dr. **Wolff** (wirtsch. Vg.):

Auf die freisinnige Vereinigung läßt sich wohl das Wild anwenden von den Schafen, die keinen Hirten haben. (Heiterkeit rechts. Widerspruch links.) Das ergibt sich doch wiederum aus der Richtigstellung des Staatssekretärs. Herr Semler sprach von einem zurückgebliebenen Kinde, welches wieder bevorzugt werde. Ein Kind, das zehn Jahre vernachlässigt wurde, erfährt keine Bevorzugung, wenn man wieder zu seinem Rechte verhilft. Für den deutschen Süden entfalten die Verträge sehr viel Nachteiliges, so die ganz ungenügende Erhöhung des Hopfen-, Weingarten- und Traubenzolles. Gleiches gilt von den Viehzöllen. Ein Ausgleich muß auf alle Fälle versucht werden bei der Tarifierung von Getreide und Mehl; es werden sich schon Mittel und Wege finden, wenn es den verbündeten Regierungen damit Ernst ist. Wer den berechtigten Interessen des Südens Rechnung zu tragen, hier den berechtigten Interessen des Südens Rechnung zu tragen. Ferner wird hoffentlich endlich der Deklarationszwang für Kunstweine durchgeführt, damit der ehrliche Weinbau nicht mehr den Praktiken der Weinverlängerer preisgegeben ist; also muß ein entsprechender Zusatz zum Weingesetz gemacht werden. Endlich muß die Entschädigung für das von Seuchen betroffene Vieh aus Reichsmitteln in irgend einer Weise in die Wege geleitet werden. Nach den befriedigenden Erklärungen des Staatssekretärs in der Kommission kann die wirtschaftliche Vereinigung diesem Vertrage ihre Zustimmung geben.

Abg. **Barbek** (fr. Vp.):

In dem österreichischen Zolltarif sind Bilderbücher ohne Text und mit kurzem Text mit 55 Kronen Eingangszoll belastet. Bilderbücher mit langem Text sind frei. Was ist nun kurzer und was langer Text? Dies zu wissen, ist um so wichtiger, als die Vorbereitungszeit für die Herstellung eines besseren Bilderbuches oft Monate umfaßt, und der Fabrikant unter allen Umständen bis zum Inkrafttreten des neuen Zolltarifes absolute Gewißheit haben muß. Nebenbei ist in einem besseren Bilderbuch ein größeres Kapital investiert.

Abg. **Osel** (Ctr.)

wird bei der im Saale immer stärker wachsenden Unruhe auf der Tribüne nur bruchstückweise verständlich. Er polemisiert gegen den Abg. Gothein, der hier so großspurig als Kritiker aufgetreten und die Behauptung aufgestellt habe, daß die Interessenten noch garnicht den Inhalt der Verträge kennen gelernt hätten, und sich dann vom Staatssekretär nachweisen lassen müßte, daß er selbst auch nicht informiert war. Gegenüber der heutigen Stellungnahme der freisinnigen Vereinigung sei ein Hinweis darauf angezeigt, was der Freihandel denn vor 1879 geleistet habe. Nach dem Zeugnis Bismarcks habe er das Land ausgepowert und Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig heruntergebracht. Die jetzigen Verträge sind für die Landwirtschaft immer noch schlecht genug ausgefallen; die Auskunft, die wir in der Kommission erhalten haben, ist ganz ungenügend gewesen, und unsere Versuche, einen Ausgleich für die Beziehungen des Verhältnisses zwischen Getreidezoll und Mehlzoll zu finden, sind fruchtlos gewesen. Redner verbreitet sich dann über den Gerstenzoll; dieser Teil seiner Ausführungen geht in dem Stimmengewirr völlig verloren. Er wendet sich sodann der Frage der Kündigung der Meistbegünstigungsverträge und der dazu in der Kommission gegebenen Erklärung des Grafen Posadowsky zu. (Der Reichskanzler Graf Bülow erscheint am Tische des Bundesrats.) Auch bezüglich der Viehseuchenkonvention bleiben schwere Bedenken bestehen. Immerhin seien einige Punkte befriedigend aufgeklärt worden, und wenn noch einige weitere befriedigende Erklärungen hinzukämen, würden die bayerischen Centrumsmitglieder zu dem Vertrage eine günstigere Stellung einnehmen. Handelte es sich um den österreichischen Vertrag allein, seine Freunde und er würden ihn unter allen Umständen verwerfen; die Schlauheit des Kanzlers, die sieben Verträge als ein untrennbares Ganzes zusammengefaßt zu haben, sei bewundernswürdig.

Abg. **Schlumberger** (natl., ebenfalls sehr schwer verständlich):

Die deutsche Industrie bringt in diesen Verträgen ein schwerwiegendes Opfer; sie hofft aber, daß dieses Opfer nicht umsonst gebracht sein wird.

Abg. **Kämpf** (fr. Vp.):

Herr Osel hat auf die Freihandelszeit in den siebziger Jahren zurückgewiesen. Damals war auch die Landwirtschaft freihandlerisch, und noch jüngst hat sie uns gedroht, daß sie wieder zum Freihandel überginge, wenn wir nicht artig seien. (Heiterkeit.) Zu den bisherigen österreichischen Verträgen sind die Zollsätze berechnet nach Gulden = 2 Kronen, aber erhoben wurden die Zollsätze zuzüglich eines Goldagios von 20 Prozent. Ich möchte fragen, ob sie künftig nach Kronen netto erhoben werden sollen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich nehme an, daß Bücher mit längeren Erzählungen zollfrei sein sollen. Bilderbücher aber mit kürzeren Inschriften, Kernsprüchen 2c. einer Verzollung unterliegen werden. Was die Zahlung der österreichischen Zölle betrifft, so ist kein Zweifel, daß in den Zollsätzen das Agio bereits liegt.

Abg. **Aigner** (Ctr.):

Wenn der autonome Zollsatz von 79 Mark beim Hopfen stehen geblieben wäre, so wäre es nicht möglich gewesen, den Handelsvertrag mit Oesterreich abzuschließen. Die Generalversammlung der deutschen Hopfenbauern ist natürlich sehr unzufrieden mit diesem Resultate, und sie hat auch eine bezügliche Resolution an den Bundesrat gelangen lassen. Diese Bedenken scheinen mir aber nicht ausschlaggebend zu sein, um gegen den Vertrag zu stimmen.

Abg. **Gothein**:

Von anderen Einfuhrscheinen als nach deutschem Muster ist in der Kommission überhaupt nicht die Rede gewesen. Nach den Erklärungen des Grafen Posadowsky ist es zweifellos, daß, wenn wir Einfuhrscheine ausgebrn, das keine Exportprämie darstellt, daß aber, wenn Oesterreich es tut, es allerdings Exportprämien sind, daß also, wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist. Meine Bedenken bezüglich der Wirkwarenzölle sind nicht zerstreut worden.

Abg. **v. Böhlendorf**-Köthin (kons.):

Der Abg. Schlumberger hat Vorwürfe gegen die Heraufsetzung der Oelzölle erhoben. Früher war der Zoll auf diesen Artikel 5 Prozent des Wertes. Daß die Regierung es für ihre Pflicht gehalten hat, im Interesse unseres einheimischen Arbeitsmarktes eine Herabsetzung dieses allzu hohen Zolles herbeizuführen, wird nur dankbar empfunden werden können. Heute beträgt dieser Wertzoll noch 100 Prozent, und das erscheint noch immer als ein sehr ausreichender Schutz. Unsere Beleuchtungsindustrie war vorher absolut nicht in der Lage, von diesem Artikel aus dem Auslande Gebrauch zu machen. Das Inland aber — darauf bitte ich zu achten — ist nicht in der Lage, das zu liefern, was nötig ist, und so ist überhaupt eine Einfuhr unterblieben. Es wird daher an Steuer nicht weniger eingehen, sondern verhältnismäßig mehr, weil dieser Artikel jetzt erst ausnahmsweise geworden ist.

Zu Artikel 1 wird das Wort nicht weiter genommen. Zu demselben gehören als Anlage A die Zusammenstellung der Vertragszölle bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet und die Zusammenstellung der Zölle bei der Einfuhr in das österreichische Zollgebiet Anlage B, und zwar Positionen 126, 127 des deutschen Zolltarifes, Möbel und Möbelteile.

Abg. **Wallach** (natl.)

spricht die Befürchtung aus, daß diese Industrie durch den vorgeschlagenen Zollsatz tödlich getroffen werden könne.

Bei der Position 568, Anlage B: Silberarbeiten, Silberwaren u. s. w. gibt

Abg. Dr. **Lucas** (natl.)

den schweren Bedenken Ausdruck, welche die Edelmetallindustrie, namentlich in Hanau, gegen die bedeutende Erhöhung des österreichischen Zolles hat. Diese Industrie beschäftigt Tausende von Arbeitern und habe einen erheblichen Export. Diese bedeutenden Zollerhöhungen seien nur wenigen einzelnen einflußreichen Edelmetallfabrikanten in Wien zu verdanken; es sei kein Ausgleichszoll.

Geheimrat **v. Schönebeck**:

Es handelt sich hier um eine Industrie, die Oesterreich sowohl wie Ungarn wie wenige andere schützen wollen, die in Wien und in Prag einen altangestammten Sitz hat, die, wie die österreichischen Unterhändler wiederholt hervorgehoben haben, über große Kapitalsanlagen verfügt, und zu deren Schutz die österreichisch-ungarische Regierung das Aeußerste aufgeboten hat. Wenn man demgegenüber betrachtet, was wirklich erreicht ist, so muß man, denke ich, anerkennen, daß unsere Industrie durch die neuen Verträge nicht schlecht gestellt wird. Ein Moment, das gerade für die Gold- und Silberwarenindustrie von besonderem Vorteil ist, und auf das auch nicht eingegangen zu sein scheint, ist die Möglichkeit, die unsere Industriellen jetzt haben, die